

Grottkauer Zeitung.

Nr. 38.

Fernsprecher 84.

39. Jahrgang.

Fernsprecher 84.

1919

Die „Grottkauer Zeitung“ erscheint wöchentlich zweimal:
Mittwoch und Sonnabend.
Bezugspreis vierteljährlich in der Geschäftsstelle 1 Mark,
durch die Post bezogen 1 Mark 30 Pfennig. Für einen Monat
45 Pfennig. Einzelnummern kosten 5 Pfennig.
Bei Ausbruch von Konturen, bei gerichtlicher Einforderung der Beträge oder verspäteter Zahlung wird der gewährte Rabatt zurückgezogen. Erfüllungsort für Zahlung ist Grottkau.

Sonnabend den 10. Mai

Anzeigen-Gebühren für die fünfmal gesaltene Beizelle ober-
deren Raum 20 Pfg., Restante 40 Pfg. Bei dreimaliger Wieder-
holung 10 Prozent Rabatt. Anzeigen nimmt die Geschäftsstelle
Ring Nr. 1, Dienstag und Freitag bis spätestens 11 Uhr
vormittags entgegen.

Die Friedensbedingungen

Paris, 7. Mai. Reuter. Der Friedens-
vertrag zerfällt in 15 Abschnitte:

Der erste enthält den Völkerbundesvertrag,
der zweite beschreibt die Grenzen Deutschlands,
der dritte verpflichtet Deutschland, die durch
den Frieden in Europa herbeigeführten politi-
schen Veränderungen anzunehmen, errichtet
die Tschecho-Slowakei und Polen, revidiert die
Grundlagen der belgischen Souveränität und
ändert die Grenzen Belgiens, errichtet neue
Regierungssysteme in Luxemburg und im
Saarbezirk, gibt Elsaß-Lothringen an Frank-
reich zurück, stellt die Grundzüge für die
Regelung der schleswigschen Frage auf und
verpflichtet Deutschland, die Unabhängigkeit
Deutsch-Österreichs anzuerkennen.

Der vierte Abschnitt enthält einen allge-
meinen Verzicht Deutschlands auf seine aus-
ländischen Besitzungen und Rechte, stellt die
internationale Anerkennung des britischen
Protectorates in Ägypten fest und annulliert
die Algeciras-Akte.

Der fünfte Abschnitt beschränkt den Um-
fang der deutschen Armee und Flotte und
schafft die Dienstpflicht in Deutschland ab als
ersten Schritt zur allgemeinen Abrüstung.

Der sechste regelt die Rückkehr der Kriegs-
gefangenen, der siebente handelt von Verant-
wortlichkeiten und der Bestrafung und sieht
ein gerichtliches Verfahren gegen Kaiser
Wilhelm vor.

Der achte handelt von der Schadenvergütung und
Wiedergutmachung und enthält besondere Verfügungen
über die Rückgabe der Droptäen aus früheren Kriegen.
Der neunte enthält finanzielle Ausführungsbe-
stimmungen, der zehnte die wirtschaftlichen Bestimmungen
und setzt die nichtpolitischen internationalen Verträge und
Konventionen wieder in Kraft.

Der elfte befaßt sich mit der Luftschiffahrt, der
zwölfte regelt die internationale Kontrolle von Häfen,
Flüssen und Eisenbahnen mit besonderen Verfügungen
für den Kieler Kanal, der dreizehnte enthält das Ar-
beiterrechtsabkommen, der vierzehnte bestimmt die
Garantien für die Durchführung, nämlich die Fortdauer
der militärischen Besetzung deutschen Gebietes, der fünf-
zehnte bringt noch eine Reihe von Klauseln über die
Anerkennung anderer, in der Folge abzuschließender
Verträge, die Befähigung des preisengerichtlichen Ent-
scheidungen uhm.

Berlin, 7. Mai. Der von Reuter veröffent-
lichte Auszug aus den Friedensbedingungen enthält
u. a. folgende Angaben: Deutschland tritt an Polen
den größeren Teil von

Oberschlesien, Posen und die Provinz Westpreußen

auf dem linken Weichselufer ab. Die südliche und
östliche Grenze Ostpreußens gegenüber Polen wird
durch Volksabstimmung bestimmt. Dazwischen wird mit
seiner unmittelbaren Umgebung Freistadt. Belgien er-
hält das kritische Gebiet von Moersnet und einen Teil
von Preußisch-Moresnet. Deutschland verzichtet auch
auf alle Rechte über Eupen und Malmedy, deren Ein-
wohner das Recht haben sollen, binnen sechs Monaten

gegen die Aenderung im ganzen oder teilweise zu
protestieren, worauf der Völkerbund endgültig entscheidet.
In einer fünfzig-Kilometer-Zone östlich des Rheins darf
Deutschland keine Befestigungen oder Streitkräfte haben.
Das Saarbezirk, auf das sich die bereits bekannte Re-
gelung bezieht, erstreckt sich von der Grenze Lothringens
nach Norden bis St. Wendel, schließt im Norden das
Saargebiet bis Saarhölzbach, im Osten die Stadt
Somburg ein.

Die Volksabstimmungen im Osten

sollen stattfinden: Im Regierungsbezirk Allenstein zu-
sätzlich der Kreise Angerburg und Oletzko, ferner in
einem Teile Westpreußens, bestehend aus den Kreisen
Stuhm und Rosenberg, sowie aus Teilen der Kreise
Marienburg und Marienwerder. Ostpreußen soll freien
Zugang zur Weichsel und die volle Benutzung des
Stromes erhalten. Die Nordostküste von Ostpreußen
soll an die angrenzenden Mächte abgetreten werden.

Von der holländischen Regierung wird die Aus-
lieferung Kaiser Wilhelms verlangt.
Grundsätzlich soll Deutschland zur

Vergütung aller Schäden

die durch den Krieg entstanden sind, verpflichtet sein,
soll aber jedenfalls die Vergütung aller den Zivil-
personen zugefügten Schäden übernehmen. Die Ge-
samtsomme der Schadenvergütungen wird spätestens
bis Mai 1921 festgelegt. Innerhalb der nächsten
zwei Jahre soll Deutschland zwanzig Milliarden Mark
in Gold, in Waren, Schiffen und dgl. bezahlen. Zu-
sätzlich der Handelschiffe soll Deutschland die Ersatz-
pflicht Tonne für Tonne und Klasse für Klasse aner-
kennen und den Alliierten alle deutschen Handelschiffe
von 1600 Tonnen und darüber, die Hälfte seiner
Schiffe zwischen 1000 und 1600 Tonnen und ein
Viertel seiner Fischdampfer und anderer Fischerei-
fahrzeuge ausliefern, sowie für Rechnung der Alliierten
während der nächsten fünf Jahre jährlich Handelschiffe
von 200 000 Tonnen bauen.

Zur Sicherung der Sicherung der Durchführung
des Friedensvertrages soll das deutsche Gebiet westlich
des Rheins und die Brückenköpfe fünfzehn Jahre lang
besetzt bleiben. Bei getreuer Ausführung der Be-
dingungen sollen bestimmte Gebiete, darunter auch
der Brückenkopf von Köln, nach fünf Jahren geräumt
werden, andere Gebiete, darunter der Brückenkopf
von Koblenz nach zehn Jahren, wieder andere, darunter
der Brückenkopf von Mainz nach fünfzehn Jahren. Bei
früherer Erfüllung sämtlicher Friedensbedingungen
werden die Besatzungsheere sofort zurückgenommen.

Vollmachten für Foch

Wenn Deutschland nicht unterzeichnet
Paris, 7. Mai. Die „Times“ melden aus Paris:
Die Alliierten-Konferenz am Montag erteilte Marshall
Foch alle militärischen Vollmachten für den Fall, daß
Deutschland den Abschluß des Friedensvertrages ver-
hindern sollte.

Marshall Foch noch nicht zufrieden

Paris, 7. Mai. In der heutigen geheimen
Vollzug der Friedenskonferenz, auf der Italien ver-
treten ist, machten die Vertreter einiger Mächte An-
merkungen zu dem Friedensvertrag, doch wurden keine
Vorbehalte erhoben. Marshall Foch hielt eine Rede,
in der er erklärte, daß die Frankreich gewährte Sicher-
heit vom militärischen Standpunkt aus ungenügend sei.
Nach seiner persönlichen Ueberzeugung sollte der Friedens-
vertrag nicht unterzeichnet werden. Er legte Nachdruck
auf die Notwendigkeit, daß die Franzosen die Brücken-
köpfe am Rhein besahen.

Flume wird an Italien ausgeliefert

Basel, 7. Mai. Die hiesigen Morgenblätter be-
richten: Nach in hiesigen amerikanischen Kreisen ein-
gegangenen Meldungen hat Wilson in der italienischen
Streitfrage vollständig kapituliert. Nach einer tele-
fonischen Besprechung zwischen Clemenceau und Orlando,
die am Montag stattfand und bei der Orlando fest auf
seinen Forderungen verharrte, hat Wilson nachgegeben.
Flume wird an Italien ausgeliefert.

Eine Kundgebung der Reichsregierung.

Die Reichsregierung an das Volk

Berlin, 8. Mai. Der Reichspräsident und die
Reichsregierung wenden sich in einem Aufruf an das
deutsche Volk, in dieser schweren Stunde mit der Re-
gierung auszuhalten in wechselseitigem Vertrauen auf
dem Wege der Pflicht und im Glauben an den Sieg
der Vernunft und des Rechts.

An den deutschen Osten wendet sich eine gemeinsame
Kundgebung der Reichsregierung und der preussischen
Staatsregierung. Die Bevölkerung der östlichen Pro-
vinzen Preußens möge überzeugt sein, daß die Re-
gierung der Republik das Äußerste aufbieten wird,
um die ihr drohenden Gefahren abzuwehren.

Die Nationalversammlung ist auf Montag nach
Berlin einberufen.

Ein Aufruf an die Schlesier

Breslau, 8. Mai. Der Oberpräsident erläßt
gemeinsam mit dem Zentralvolksrat für Schlesien heute
folgenden Aufruf:

Schlesier!

Größe Gefahr droht unserer Heimat!

Ein Gewaltfrieden, wie er schlimmer nicht gedacht
werden kann, soll nach den bisher bekannt gewordenen
Friedensbedingungen unserem armen Lande auferlegt
werden! Mein, noch ist das letzte Wort nicht ge-
sprochen! Unsere Regierung wird auf diese furchtbaren
Bedingungen nicht eingehen, sondern mit Gegenvor-
schlägen antworten. Unsere Unterhändler werden alle
ihre Kräfte einsetzen, um die Annahme eines Friedens
auf Grund der bekannten 14 Punkte Wilsons durch-
zusetzen. Auf der Grundlage dieser Punkte, die auch
unsere Gegner anerkannt haben, ist der Waffenstillstand
geschlossen worden. Auch unsere Gegner haben sich
damals bereit erklärt, auf der gleichen Grundlage einen
Frieden des Rechts und der Versöhnung abzuschließen.
Wenn uns nun jetzt die Gegner mit einem Macht-
und Gewaltfrieden drohen, wenn sie beabsichtigen,
Oberschlesien zum größten Teil den Polen zu über-
liefern und damit Schlesien zu zerstücken, so mögen
sie wissen, daß dieser Friede kein Friede, sondern
ein Kampf, sondern für uns Schlesier nur ein Friede
der Verzweiflung sein würde, der für uns schließlich
unerträglich ist.

Schlesier! Hirs erste heißt es jetzt: Ruhe und
Würde bewahren. Einmütig und geschlossen müssen
jetzt die Schlesier aller Stände hinter unserer Regierung
stehen, um mit allen Mitteln eine Abtrennung lebens-
wichtiger Gebiete von unserer Heimat und vom
deutschen Reich überhaupt zu verhindern.

Schlesische Männer und Frauen in Stadt und
Land! Schart Euch zusammen und verkündet der
Welt laut und eindringlich, daß Ihr nicht gewillt seid,
Euch einem solchen Macht- und Gewaltfrieden zu beugen!

Schlesische Männer und Frauen aller Parteien!
Haltet Euch zu Euren alten und bewährten Führern!
Gemeinsam mit ihnen werden Reichs- und Landes-

Regierung, Oberpräsidium und Volkerrat zusammen-
setzen, um das Schlimmste von unserer Heimat ab-
zumwenden.

Der Oberpräsident. Philipp.

Der Volkerrat zu Breslau.

Zentralrat für die Provinz Schlesien. Preischer.

Aufnahme der Friedensbedingungen in Oberschlesien

Die Bevölkerung zum Ausbruch entschlossen

Oppeln, 8. Mai. Bei dem Einzug von Grenz-
schutztruppen in Oppeln fanden ergreifende Demon-
strationen der Bevölkerung für Deutschland statt. Die
deutschen Soldaten wurden mit Blumen beworfen.
Auf das Drängen der begeisterten Volksmenge mußte
die Regimentskapelle deutsche Nationallieder spielen,
so „Deutschland, Deutschland über alles“ und das
Preußenlied. Immer mehr wird in der Bevölkerung
gefordert, die Ostmärkte zu bewaffnen. Oberschlesien
ist entschlossen, sich unter keinen Umständen eine Entente-
vergewaltigung gefallen zu lassen. Es hält sich von
Wilsen für verraten und fordert von der deutschen
Regierung Ablehnung des Friedensvertrages. Eine
maßlose Erbitterung herrscht in allen Schichten der
oberschlesischen Bevölkerung und die Entschlossenheit,
mit der Waffe den Heimatboden zu verteidigen. Das
vergossene Blut würde auf dem Gewissen Wilsons
lasten. Wenn die Regierung nicht tatkräftig Ober-
schlesien schützt, ist die Lösung von Deutschland sicher.

Frankreichs Angst vor Deutschland

Paris, 8. Mai. Amtliches Communiqué. Neben
den im Friedensvertrage angebotenen Sicherheiten
haben sich der Präsident der Vereinigten Staaten von
Amerika und der Premierminister von Großbritannien
zu verpflichten, dem Senat der Vereinigten Staaten
beziehungsweise dem Parlament von Großbritannien
einen Vertrag vorzuschlagen, der vom Rat des Völker-
bundes gebildet werden müsse, in dem sie sich ver-
pflichten, Frankreich sofort zu Hilfe zu kommen, wenn
es einem nicht herausgeforderten Angriff Deutschlands
ausgesetzt ist.

In Paris sollen gestern heftige Auseinandersetzungen
zwischen den Alliierten stattgefunden haben.

Einzelheiten aus den Friedensbedingungen

Die Grenzen Deutschlands

Verailles, 8. Mai. Der Band mit den
Friedensbedingungen enthält in französischer und eng-
lischer Sprache auf 208 Seiten 440 Artikel, die wie
bereits mitgeteilt, in fünfzehn Teile zerlegt sind.

Der Absatz über die

Festsetzung der Grenzen

befragt:

Abatz 6. Mit der Tschecho-Slowakei: Die Grenze
am 3. August 1914 zwischen Deutschland und

Oesterreich von ihrem Treffpunkt mit der alten Ver-
waltungsgrenze, die Böhmen und die Provinz Ober-
Oesterreich trennt, bis zur Nordspitze des Vorprunges
des ehemaligen Provinz Oesterreich-Schlesien ungefähr
8 Kilometer östlich von Neustadt.

Abatz 7.

Mit Polen:

Von dem letzten angezeigten Punkte nach Norden
und bis zur Spitze des Vorprunges der Ostgrenze des
Kreises Falkenberg, ungefähr 3 Kilometer östlich von
Buschin, eine auf dem Gebiete östlich von Jütz zu
ziehenden Linie, von da die Ostgrenze des Kreises
Falkenberg, sodann die Grenze zwischen Ober-
und Mittelschlesien, sodann die Westgrenze von Posen bis
zur Varz, sodann den Lauf dieses Flusses Stromab-
wärts, sodann die Grenze zwischen den Kreisen Gutzau
und Glogau nach Norden, sodann die Grenze von
Posen gegen Nordosten, bis zu ihrem Treffpunkt mit der
Grenze zwischen den Kreisen Elba und Fraustadt, von
da nach Nordwesten bis zu einem auf der Straße
zwischen den Orten Unruhst und Kopnitz festzusetzenden
Punkte eine Linie, die auf dem Gebiete westlich der
Ortschaften Geyersdorf, Brenno, Fehlen, Altkloster,
Klebel und östlich der nachfolgenden Orte: Übersdorf,
Buchwald, Jigen, Weine, Lupitz und Schwenten ver-
läuft; von da nach Norden und bis zum nördlichsten
Punkt des Schloßparks in eine Linie festzusetzen, auf
dem längs der Mittellinie der Seen verlaufenden Naume,
wobei inbessenen Stadt und Station von Wentschen
einschließlich der Eisenkreuzung Schneibus—Deutschen
und Jülichau—Deutschen auf polnischen Gebiete ver-
bleiben: von der nach Nord-Nordost und bis zum Treff-
punkte der Grenzen der Kreise Schwerin, Birnbaum
und Meßitz eine im Naume östlich von Wentschen fest-
zusetzende Linie; von da und nach Norden die Grenze
zwischen den Kreisen Schwerin und Birnbaum, sodann
nach Osten die Nordgrenze der Provinz Posen, sodann
nach Nordosten die Grenze zwischen den Kreisen Gilehne
und Czarnikau, sodann den Negeklau flussaufwärts, sodann
nach Norden die Ostgrenze des Kreises Czarnikau bis zu
dem Treffpunkte mit der Nordgrenze Posen; von da nach
Nordosten und zu einem Punkte der Grenze Posen, ge-
legen am äußersten Vorprunge ungefähr 5 Kilometer West-
Nordwest von Schneidmühl einer in dem Naume fest-
zusetzenden Linie; von da die Grenze Posen bis zu
ihrem Treffpunkte mit der Grenze zwischen den Kreisen
Glatow und Deutsch-Krone; von da nach Nordosten
und bis zur Gote 205, ungefähr 5 Kilometer West-
Nordwest von Konitz; eine im Naume ungefähr para-
llel zur Eisenbahn Schneidmühl-Konitz und ungefähr
8 Kilometer westlich von dieser festzusetzenden Linie,
die im Westen der Orte Annafeld, Griesenja, Friedland,
Steinborn, Nabawitz, Ranken, Damowitz und Schlochau
unter Befahrung der Eisenbahn Hammerstein-Schlochau-
Breslau-Lichtenhagen-Rignau verläuft und von da nach
Norden die Grenze zwischen den Kreisen Konitz und

Schlochau, sodann die Grenze Westpreußens bis zum
äußersten Norden des Vorprunges ungefähr 8 Kilo-
meter südöstlich von Lauenburg und von da nach Norden
und bis zur Ostsee; eine Linie in dem Naume östlich
der Dörfer Hohenfelde, Saulin, Goltzschow und eine
Mittellinie der östlich dieser Ortschaften gelegenen Seen
folgend und über die Gote 92 ungefähr 5 Kilometer
Nord-Nordwest von Niesden verlaufend.

Abchnitt 1: Belgien

Artikel 31—35 fordern den Verzicht Deutschlands
auf Moresnet, Eupen und Malmedy.

Artikel 35: Eine Kommission, bestehend aus
sieben Mitgliedern, von denen die alliierten und asso-
ziierte Großmächte fünf ernennen, Deutschland und
Belgien je eins, wird 14 Tage nach Inkrafttreten
des Vertrages eingesetzt, um an Ort und Stelle die
Grenzlinien zwischen Deutschland und Belgien festzu-
setzen. Hierbei soll der wirtschaftlichen Lage und den
Verbindungswegen Rechnung getragen werden. Die
Entscheidungen werden mit Stimmenmehrheit getroffen
und sind für die daran beteiligten Parteien verbindlich.

Artikel 36 und 37 betreffen den Erwerb der bel-
gischen Staatsangehörigkeit und das Optionsrecht.

Artikel 38 betrifft Uebergabe der Archive etc.

Abchnitt 2: Luxemburg

Artikel 40 und 41 behandeln die Auflösung der
bisherigen deutsch-luxemburgischen Staatsverträge.

Abchnitt 3: Stadt Rheinauer

Artikel 42: Es ist Deutschland unterlagt,
Festungen zu erhalten oder zu bauen, sei es auf dem
linken Rheinauer, sei es auf dem rechten Ufer westlich
der 50 Kilometer östlich von diesem Flusse gezogenen
Linie.

Artikel 43: In der laut Artikel 42 definierten
Zone sind Unterhaltung oder Zusammenziehung be-
waffneter Kräfte, sei es ständig oder zeitweilig, sowie
militärische Manöver jeglicher Art und alle materielle
Erleichterung gleichfalls verboten.

Artikel 44: Im Falle Deutschland, auf welche
Art es auch sei, den Vorschriften der Artikel 42 und
43 zuwiderhandeln sollte, wird es als feindlicher Akt
gegenüber den Signatarmächten des Vertrages be-
zeichnet und als den Weltfrieden störend angesehen.

Artikel 4: Saarrevier

Artikel 45: Als Ersatz für die Zerstörung der
Kohlenbergwerke Nord-Frankreichs und als Abfahrgel-
dung auf die von Deutschland als Kriegsschädigung
zu zahlende Summe überträgt Deutschland an Frank-
reich den vollständigen unbeschränkten, von allen
Schuldenlasten freien Besitz — mit dem ausschließlichen
Recht auf dessen Ausbeutung — der im Saarrevier

(Fortsetzung in der Beilage.)

1

Seit früh 2 Uhr, entlieft
sanft nach langem, schweren
Leiden unsere liebe Schwester,
Tante und Schwägerin

Fräulein
Franziska Urbisch
im Alter von 60 Jahren.
Grottkau, den 8. Mai 1919.
Im Namen der trauernden
Hinterbliebenen

Helene Zimmermann
als Witwe.
Beerdigung Sonntag nachm. 3 Uhr

1

Alteimmädchen
oder einfache Stütze mit guten
Zeugnissen bei hohem Lohn zu drei
Personen gesucht für 1. Juli.

Frau Rechtsanwältin Karrasch
als Witwe.
Persönliche Vorstellung Grottkau,
Weißerstraße 34 part.

100 Mark
Belohnung
demjenigen, der mir meinen ent-
laufenen
schottischen Schäferhund
zurückbringt oder über den Verbleib
desselben zweifelhafte Angaben
machen kann.

Th. Lischka
Alzenau, Bez. Breslau.

Die Kirschen

von den Allen der Charité-Güter **Prieborn, Arnsdorf**
und **Crummendorf** werden **Dienstag, den 27. Mai,**
vormittags 9 Uhr, im Rentamt zu Prieborn meist-
bietend gegen Barzahlung verpachtet.

C. Hecker.

Obst-Verpachtung!

Die Verpachtung
der Obstalleen des Dominiums Wilme
findet
Mittwoch, den 14. Mai 1919, vorm. 10 Uhr

im Gutshofe meistbietend gegen
sofortige Bezahlung statt.

Das Wirtschaftsamt

Läuferferkel
stehen zum Verkauf

Dominium Wilme
Kreis Strehlen. Telefon Prieborn 16.

Eine Wiese verpachtet
Hermann Fritz, Zarnau.

Geld verleiht sofort
bester Ratgeber.
J. Mans, Hamburg 5.
Tätige Vermittler gesucht.

Grottkau, den 7. Mai 1919. Auf Grund des § 53
der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1918 vom 29. Mai
1918 wird für den Kreis Grottkau für **Vohnmüllereien**
der Mahlohn auf 2,— Mk. pro Htr.

Schrotlohn „ 0,80 „ „ „ „ festgesetzt.
„ Quetschlohn „ 0,40 „ „ „ „ festgesetzt.

Diese Festsetzung gilt vom 1. Mai 1919 ab. Die
bisherige Festsetzung (i. Kreisbl.-Bekanntm. vom 24. August
1918 — E. 237 —) tritt mit der Bekanntmachung dieser
Festsetzung außer Kraft.

Der Vorsitzende des Preisausschusses.
Thilo, Landrat.

Tanz-Kursus für Grottkau u. Umgegend

Wichtigen Wünschen entsprechend
beginnt der Kursus nunmehr am
14. Mai cr., abends 7 Uhr
Der Kursus umfasst **Anstandslehre**, sowie
alle modernen **Tanz- u. Konzerte.**
Gewissenhafte Ausbildung

Weitere gef. Anmeldungen nimmt
Herr Franke, Neugebauer-Garten bis **spätestens Montag,**
den **11. Mai,** entgegen, ebenso wird **dahier entsprechende Auskunft**
erteilt.

Gebrüder Nemela
Lehrer der Tanzkunst.

Tüchtiger Vertreter
auch **Dame oder Kriegsverl.**
für den Weinbetrieb eines bereits gut eingeführten Artikels bei
hoher Produktion

sofort gesucht.
Kläng. Anmerkungschrift. Angeb. u. **R. I. 2194** bef. d.
Annon.-Exp. **Rich. Landsberger, Breslau 5.**

Extra-Beilage zu Nr. 38 der „Grottkauer Zeitung“.

Grottkau, den 10. Mai 1919.

Um den aus dem Heeresdienst Entlassenen den Übergang in ihre wirtschaftlichen Verhältnisse zu erleichtern, hat das Kriegsministerium unterm 5. März 1919 die Art und Weise der Auszahlung der noch nicht oder nur teilweise gezahlten Entlassungsgebühren bestimmt.

Ganz gleich, ob der Entlassene ordnungsmäßig oder nur behelfsmäßig entlassen worden ist, hat er wegen der rückständigen Gebühren seinen Antrag schriftlich bei dem Bezirkskommando unter Beifügung der Ausweis-papiere zu stellen. Das Bezirkskommando hat, sofern es eine einwandfreie Forderung ist, diese dem Entlassenen sofort auszahlen. Bei Forderungen, bei denen die Gefahr einer Doppelzahlung besteht, hat es dem Antragsteller einen Zwischenbescheid zu erteilen und die Sache mit Beschleunigung weiterzugeben.

Breslau, den 11. April 1919.

Vollrat zu Breslau. Zentralrat für die Provinz Schlesien
Sozialpolitische Abteilung.

Wiederholt haben Reich und Staat Verordnungen erlassen, um der Arbeitslosigkeit abzuwehren und die Arbeitslosen an die richtige Stelle zu bringen. Unter dem 28. März 1919 erließ das Reichsministerium für wirtschaftliche Demobilisierung eine Verordnung über die Freimachung von Arbeitsstellen während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung.

Als ausführendes Organ für die Freimachung von Arbeitsstellen sind die Demobilisierungsausschüsse bestimmt. Zur Bekämpfung einer erheblichen Arbeitslosigkeit hat der Demobilisierungsausschuß für seinen Bezirk das Recht, Arbeitgeber zur Freimachung von Arbeitsstellen anzuhalten. Er kann bestimmen, daß die Arbeitgeber bei ihm beschäftigte Arbeitnehmer zu entlassen haben:

- a) wenn sie nicht auf Erwerb angewiesen sind oder bei Kriegsausbruch keinen Erwerbsberuf hatten,
- b) wenn sie erst seit Kriegsausbruch oder später in der Land- oder Forstwirtschaft tätig sind,
- c) wenn sie während des Krieges von einem anderen Orte zugezogen sind mit Ausnahme Schwerbeschädigter oder Reichsdeutscher des Auslandes, die infolge feindlicher Maßnahmen nicht zurückkehren können.

Nicht angeordnet darf die Entlassungspflicht werden bei Haushaltsangehörigen des Arbeitgebers, Generalbevollmächtigten, Vertretern des Unternehmens, land- und forstwirtschaftlichen und Bergarbeitern, Gefinde, Bühnen- und Orchester-Mitgliedern. Hat der Demobilisierungsausschuß die Entlassung von Arbeitnehmern angeordnet, so ist diesen vom Arbeitgeber zu kündigen. Die Kündigungsfrist beträgt mindestens 2 Wochen, sofern eine längere Kündigungsfrist nicht durch Vertrag vereinbart wurde. Vor der Kündigung hat der Arbeitgeber den Arbeitsausschuß zu hören. Die Kündigung kann auch durch den Demobilisierungsausschuß ausgesprochen werden, wenn der Arbeitgeber auf Anordnung des Demobilisierungsausschusses die Kündigung unter-

lassen hat. In diesem Falle hat die Kündigung dieselbe Wirkung, doch sind Arbeitgeber und Arbeitnehmer vor der Kündigung zu hören.

Die durch die Kündigung stellunglos gewordenen Arbeiter erhalten für sich und ihre Familie freie Beförderung nach ihrem Heimatort, wenn der Anzug in den ersten 7 Tagen nach ihrer Entlassung erfolgt. Der Demobilisierungsausschuß kann bestimmen, daß dem Arbeitnehmer außerdem von der Gemeinde seines letzten Wohnortes eine Beihilfe zu den Reise- und Beförderungskosten aus Mitteln der Erwerbslosen-Fürsorge zu gewährt ist.

Die Neueinstellung von Arbeitnehmern kann der Demobilisierungsausschuß verbieten und gleichzeitig bestimmen, inwieweit der Arbeitgeber für die entlassenen Arbeitnehmer Ersatzpersonen einzustellen hat und inwieweit er sich hierbei der Vermittlung eines nicht gewerbsmäßigen Arbeitsnachweises zu bedienen hat. Handeln Arbeitgeber diesen Anordnungen schuldhaft zuwider, so können sie bis zu 3000 Mk. bestraft werden.

In den Schlußbestimmungen weist die Verordnung hin auf die die Entlassung beschränkenden Vorschriften, die nur zu Gunsten der Arbeitnehmer in ihrer Eigenschaft als Kriegsteilnehmer und Zivilinternierte bestehen. Ein Recht auf vorzeitigen Austritt aus der Beschäftigung steht den Personen, denen auf Grund dieser Verordnung gekündigt worden ist, nicht zu.

Breslau, den 24. April 1919.

Vollrat zu Breslau. Zentralrat für die Provinz Schlesien.
Sozialpolitische Abteilung.

Betrifft: Reichsverkehr mit dem von den Polen besetzten Gebiete der Provinz Schlesien.

Das polnische Oberkommando in Posen hat folgendes verfügt:

Die Einreise Deutscher, auch Frauen und Kinder, nach dem von den polnischen Truppen besetzten Gebiet ist nach Anordnung des Oberkommandos in Posen von sofort ab verboten. Wer sich trotzdem in das besetzte Gebiet begeben will, setzt sich der Gefahr der Internierung aus, oder er wird zu Fuß noch an demselben Tage über die Postenfeste geschafft. Für die Zeit vom 31. März gültige, von den polnischen Behörden ausgestellte Erlaubnisscheine für die Rückfahrt haben Geltung. Ab April darf nur derjenige nach dem besetzten Gebiet, der die Erlaubnis des Oberkommandos Posen vorlegen kann.

Das Kriegsministerium hat deshalb für die Ausreise nach den von den Polen besetzten Gebieten der Provinz Posen unter Aufhebung aller bisherigen Bestimmungen folgendes verfügt:

Zur Ausreise ist die Genehmigung des für den Wohn- oder ständigen Aufenthaltsort des Antragstellers zuständigen

Generalkommandos notwendig. Für den Bezirk des 5. Armeekorps ist die Zentral-Polizeistelle Oßen (Frankfurt a/D.) zuständig.

Nichtdeutschen Personen ist die Ausreise nur dann zu gestatten, wenn mit der Reise **dauernde Uebersiedelung** in das von den Polen besetzte Gebiet verbunden ist. Deutschen, die trotz des oben angeführten Befehls des polnischen Oberkommandos auf eigene Gefahr die Reise in das von den Polen besetzte Gebiet unternehmen wollen, ist seitens der Generalkommandos die Ausreise nur dann zu verweigern, wenn erhebliche Bedenken gegen die Person des Antragstellers oder gegen den angegebenen oder vermutlichen Reisezweck vorliegen.

Vorstehendes bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntnis. Reiseanträge sind zweckmäßigerweise nicht unmittelbar dem Generalkommando, sondern durch die Hand der zuständigen Ortspolizeibehörde mir zur Uebergabe an dasselbe vorzulegen mit dem gültigen Reisepaß sowie mit einer Aeusserung der Ortspolizeibehörde über die Notwendigkeit der Reise als über ein Persönlichkeits des Antragstellers und darüber, ob gegen die Ausführung der Reise irgend welche Bedenken bestehen.

Grottkau, den 28. April 1919

Der Landrat. T h i l o.

Grottkau, den 28. April 1919. Die Regierungs-Polizeiverordnung vom 26. Februar 1919, Extrabeilage zu Stück 9 des Kreisblattes für 1919, betreffend die Meldepflicht der Ausländer, findet auf Deutsch-Oesterreicher keine Anwendung; diese unterliegen also der besonderen Meldepflicht nicht.

Als Deutsch-Oesterreicher sind bis zur Erteilung besonderer Ausweise diejenigen Oesterreicher anzusehen, die in Nieder-Oesterreich, Ober-Oesterreich, Salzburg, Steiermark, Kärnten, Tirol, Vorarlberg, im Sudetenland oder in Deutsch-Böhmen geboren sind.

Der Landrat. T h i l o.

Grottkau, den 9. Mai 1919.

Grottkau, den 26. April 1919. Wir haben eine Menge **Bienenhonig** überwiesen erhalten. Die Abgabe erfolgt durch den **Kaufmann Alois Paul Grottkau** und den **Kaufmann Tannhäuser Ottmachau** und zwar **nur gegen vom Kreisaußschuß bzw. Magistrat Ottmachau ausgegebene Bienenhonigmarken**.

Diese Marken erhalten nur Kreuze auf Grund eines ärztlichen Attestes nach Formular wie bei Krankenmehl und Grieß.

Der **Höchstpreis** für den Verkauf an die Verbraucher beträgt **3 Mark pro Pfund**.

Der Vorsitzende des Kreisaußschusses. T h i l o, Landrat.

Anordnung betreffend Höchstpreise für Zucker im Kleinhandel

Auf Grund des § 14 der Verordnung über den Verkehr mit Zucker vom 17. Oktober 1917 — R.G.-Bl. S. 914 — und 30. September 1918 — R.G.-Bl. S. 1217 — werden für den Umfang des Kreises Grottkau folgende **Höchstpreise für Zucker im Kleinhandel** — d. i. der Verkauf an die Verbraucher — festgesetzt:

- a) für Farin (gem. Raffinade, gem. Melis, Kristallzucker) 49 Pfg. das Pfund, 25 Pfg. das halbe Pfund;
- b) für Partzucker (Würfel, Brode auschl. Kandis) und Puderzucker 50 Pfg. das Pfund, 25 Pfg. das halbe Pfund.

Diese Preise sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes, betr. Höchstpreise vom 4. August 1914 und der hierzu ergangenen Abänderungsbestimmungen.

Zu widerhandlungen werden nach § 4 der Verordnung vom 8. Mai 1918 gegen Preistreiber — R.G.-Bl. S. 395 — mit Gefängnis oder Geldstrafe bestraft.

Diese Anordnung tritt mit dem 1. Mai 1919 in Kraft. Mit dem gleichen Tage tritt die Anordnung vom 28. Oktober 1918 — Kreisbl. S. 284 — außer Kraft.

Grottkau, den 23. April 1919.

Der Kreisaußschuß des Kreises Grottkau. T h i l o, Landrat.

Veröffentlicht.

Der Magistrat.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

belegenen Kohlengruben, wie sie in Artikel 48 begreift sind.

Artikel 48 fest die Grenzen des Saarbeckens fest.

Die Unabhängigkeit Oesterreichs

Der sechste Abschnitt über Oesterreich enthält einen einzigen Artikel, welcher lautet:

Deutschland erkennt die Unabhängigkeit Oesterreichs an und wird sie in den durch diesen Vertrag festgelegten Grenzen als unabänderlich strikte respektieren, sofern nicht der Rat der Gesellschaft der Nationen einem anderen Verhalten zustimmt.

Der tschecho-slowakische Staat

Der siebente Abschnitt des dritten Teils beschäftigt sich mit dem tschecho-slowakischen Staat, dessen Unabhängigkeit Deutschland anerkennt und der die autonomen ruthenischen Gebiete südlich von den Karpathen mit einbegreifen soll. Die Grenze zwischen Deutschland und den Tschecho-Slowaken soll die alte am 3. August 1914 vorhandene Grenze gegen Oesterreich-Ungarn bilden. Deutschland verzichtet auf einen Teil des schlesischen Gebietes, der zwischen der alten österreichisch-deutschen Grenze und einer Linie, die von einem Punkte an der ober unmittelbar südlich von der Eisenbahnlinie Ratibor/Oder ausgeht und sich nach Nordwesten wendet, indem sie westlich von Krasowitz und östlich von Kattowice vorbeiläuft, so daß sie die alte österreichische Grenze im äußersten Südosten ihres ungefähr 5 Kilometer westlich von Krasowitz gelegenen Vorsprungs erreicht. Deutsche Staatsangehörige, die auf (Pöde, wahrscheinlich auf dem hier nach von Deutschland an den tschecho-slowakischen Staat abgetretenen Gebiete) wohnen, erwerben die tschecho-slowakische Staatsangehörigkeit und verlieren die deutsche Staatsangehörigkeit. Innerhalb zweier Jahre nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages bleibt den deutschen Staatsangehörigen von über 18 Jahren die Option vorbehalten.

Die polnischen Ansprüche

Der achte Abschnitt beschäftigt sich mit Polen, dessen Unabhängigkeit Deutschland ebenfalls anerkennt und dessen Grenzen bereits im zweiten Teile festgelegt sind.

Danzig freie Stadt

Danzig soll eine freie Stadt unter dem Schutz der Gesellschaft der Nationen werden.

Der Völkerbundsvertrag

Berlin, 8. Mai. Der erste Abschnitt des Dokuments über den Friedensvertrag umfaßt die Normen betreffend den Völkerbund, entsprechend dem Pariser Statut vom 14. Februar, und dessen später fast geringfügige Änderungen. Für Deutschland ist nur folgendes wichtig:

Das Statut sieht zwei Gruppen von Mitgliedern des Völkerbundes vor die ihm von Anfang an zugehören sollen. Die erste Gruppe umfaßt diejenigen Staaten die gegen uns gekämpft und die diplomatischen Beziehungen zu uns abgebrochen haben. Alle diese Staaten sind von selbst Mitglieder des Völkerbundes. Die zweite Gruppe umfaßt Neutrale aus dem gegenwärtigen Kriege, namentlich die Nordstaaten, Holland und die Schweiz. Diese Staaten sind eingeladen sich binnen zwei Monaten durch eine vorbehaltlose Erklärung dem Völkerbunde anzuschließen. Wichtig ist also die Tatsache, daß das deutsche Reich einstweilen in die Organisation nicht einbezogen werden soll und es kann nur nachträglich durch eine Art Ballotage Mitglied werden. Erforderlich dazu ist Zweidrittelmehrheit innerhalb der Staatenversammlung und die Aufnahme ist an die Voraussetzung geknüpft, daß der außenstehende Staat effektive Garantien seiner aufrichtigen Absicht gibt, seine internationalen Verpflichtungen einzuhalten, daß er also das Reglement akzeptiert, das durch den Völkerbund speziell für seine Streitkräfte zu Land und zur See festgelegt wird. Diese Bestimmungen würden also auch zur Anwendung kommen gegenüber unseren ehemaligen Bundesgenossen, falls sie um Aufnahme in den Völkerbund nachsuchen sollten.

Die Verteilung der deutschen Kolonien

Neuter meldet amtlich: Der Dreiertrat beschloß, über die deutschen Kolonien wie folgt zu verfügen: Bezüglich der Zukunft Togolands und Kameruns werden Frankreich und Großbritannien dem Völkerbund gemeinsame Vorschläge machen. Was die anderen Kolonien betrifft, werden die Mandate folgendermaßen

verteilt: Deutsch-Ostafrika fällt an Großbritannien, Südwesafrika an die südafrikanische Union, die deutschen Samoa-Inseln fallen an Neuseeland, die anderen deutschen Besitzungen im Stillen Ozean südlich des Äquators an Australien mit Ausnahme von Nauru, für welches letzteres Großbritannien ein Mandat erhält. Die deutschen Inseln im Stillen Ozean nördlich des Äquators fallen an Japan.

Was der Pariser Friedensvertragsentwurf nicht enthält

Berlin, 7. Mai. Interessant sind die Punkte, die das französische Blatt „Pays“ aufgezählt, die im Entwurf der Alliierten, der heute in Versailles der deutschen Delegation überreicht wird, nicht enthalten sind. Es sind dies:

1. Die Höhe der an Frankreich zu zahlenden Entschädigung,
2. die Annexion des 1814 von Deutschland gestohlenen Saargebietes,
3. die Annexion der Straßburger Brückenköpfe,
4. die völlige Neutralisierung des linken Rheinufers,
5. die Kontrolle der deutschen Luftschiffahrt,
6. die Freiheit der Meere,
7. die Rüstungsbeschränkungen,
8. die Aufhebung der Schweizer Neutralität,
9. die Solidarität aller Staaten im Falle eines Angriffes,
10. die Aufhebung der Geheimverträge,
11. die wirkliche Bestrafung des Kaisers und seiner Mitgeschulden,
12. der Verzicht auf die egoistische Monroe Doktrin,
13. die Gleichheit der Rassen und Völker.

Die oben mitgeteilten Auszüge, die Neuter veröffentlicht, enthalten diese Forderungen zum Teil,

Niederstimmende Waffenstillstandsbedingungen für Ungarn

Budapest, 7. Mai. Auf das Ersuchen der ungarischen Regierung um Waffenstillstand ließ der rumänische General Mardarescu den Entwurf eines Uebereinkommens übermitteln, daß sofortige Entwaffnung, Abrüstung aller den Rumänen gegenüberstehenden ungarischen Streitkräfte, spätere Entwaffnung aller anderen ungarischen Streitkräfte und Uebergabe alles Kriegsmaterials nebst Schiffsbedarf und Lebensmitteln, des gesamten Eisenbahnmaterials, das im Frieden zwischen dem Theil und der ehemaligen ungarisch-rumänischen Grenze verkehrte und des in Rumänien erbeuteten Eisenbahnmaterials, d. h. zusammen 1800 Lokomotiven, 4100 Personenzüge und 67 000 Güterwagen, endlich von Schiffahrtsmaterial, Panzerzügen und Kraftwagen vorliefe.

Angesichts dieser Bedingungen soll die ungarische Regierung zum Kampf bis zum äußersten entschlossen sein.

Finanzielle Erleichterungen für Deutschland.

Vollständige Aufhebung der schwarzen Listen.

Rotterdam, 7. Mai. Aus Paris wird gemeldet: Der Oberste Wirtschaftsrat hielt gestern eine Sitzung ab, die von Lord Cecil präsiert wurde. Er prüfte die Maßnahmen der wirtschaftlichen Abschließung Deutschlands für den Fall, daß sich die deutschen Delegierten weigern würden, die Friedenspräliminarien zu unterzeichnen. Auf Empfehlung der Finanzkommission hat der Rat beschlossen, folgende Erleichterungen einzutreten zu lassen:

Die schwarzen Listen sollen, soweit sie nicht schon verschwunden sind, aufgehoben werden. Die Neutralen sollen die Freiheit haben, Deutschland alle Kredite zu gewähren. Die deutschen Guthaben sollen zur Bezahlung der Einfuhr freigegeben werden. Der Ertrag der deutschen Ausfuhr kann zur Bezahlung der deutschen Einfuhr verwendet werden. Es kann die Erlaubnis der Golbaufuhr zur Bezahlung erteilt werden.

Diese Beschlüsse sollen den einschlägigen Finanzkommissionen zugestellt werden. Der Rat prüfte darauf nochmals die Frage der Donau-Schiffahrt. Die Schiffahrt sollte unter seine Oberhoheit gestellt werden.

Verhandlungen mit den Polen

Berlin, 7. Mai. Die preussische Staatsregierung erklärte sich dem polnischen obersten Volksrat gegenüber bereit, in unmittelbare Verhandlungen mit Polen über die Frage der gegenseitigen Freigabe von Geiseln, Internierten und Gefangenen einzutreten. Sie beauftragte das preussische Ministerium des Innern und das Kriegsministerium, diese Verhandlungen mit Polen zu führen. Wie wir hören, ist seitens dieser beiden

Ministerien an den polnischen obersten Volksrat telegraphisch eine Einladung zur Aufnahme dieser Verhandlungen am 8. oder 9. Mai ergangen.

Waffenruhe mit den Sowjets?

Berlin, 7. Mai. In der gestrigen Sitzung des Friedensausschusses betonten die Redner aller Parteien die Notwendigkeit, mit der russischen Regierung zu einer Verständigung zu gelangen. Reichsminister Erzberger verwies darauf, daß das Kabinett ebenfalls auf dem Standpunkte stehe, daß es mit Rußland zu einer Waffenruhe kommen müsse, die notwendigen Schritte würden unternommen werden. Reichsminister Erzberger teilte ferner mit, daß der Gouverneur von der Goltz auf dem Wege nach Berlin sei, um der Regierung Bericht über die Vorgänge in Lettland zu erstatten. Die Regierung ist entschlossen, Berbeinse für die baltische Landeswehr nicht mehr zu gestatten. Unterstaatssekretär Freiherr von Langwerth-Simern wies darauf hin, daß das auswärtige Amt die Vorfälle in Libau in höchstem Maße bedauert habe. Ein Vertreter sei sofort dorthin geschickt worden, um eine Untersuchung, die noch nicht abgeschlossen sei, zu führen.

Im „Vorwärts“ wird es begrüßt, daß die gestrige Sitzung des Friedensausschusses sich für die Notwendigkeit der Wiederanfnüpfung zunächst wirtschaftlicher Beziehungen mit Rußland ausgesprochen hat. Die Redner aller Parteien waren darin einig gewesen, auf die Wiederherstellung eines freundschaftlichen Verhältnisses zunächst im Handelsverkehr und wenn möglich, einer Waffenruhe hinzuwirken. Der „Vorwärts“ sagt, wir wollen keine Verdröberung mit den Bolschewisten, sondern ein freundschaftliches, auf gegenseitiger wirtschaftlicher Befruchtung beruhendes Verhältnis mit Rußland. Wir sind durchdrungen von der Ueberzeugung, daß damit ein hoher Nutzen sowohl für das deutsche als auch für das russische Volk erzielt werden könne.

Vor einem allgemeinen Streik in Frankreich

Versailles, 6. Mai. „Populaire“ meldet, daß der Ausstand der Bekleidungsarbeiter und Bankangestellten fortdauert und auf andere Industrien übergegriffen hat. Mehrere Schuhfabriken stehen jetzt gestillt im Auslande. Die großen Modenhäuser Paquin und Dory verzeichnen heute eine teilweise Arbeitsniederlegung der Arbeiterinnen. Die Kleinunternehmer der Bekleidungsindustrie wollen sich der Arbeiterbewegung anschließen. Der Bauarbeiterverband verhandelt mit den ausländischen Verbänden wegen eines Solidaritätsstreikes. Das Blatt erwartet, daß alle diese Ausstände, welche eine Lohnaufbesserung und sofortige Durchführung des Achtstundentages bezwecken, in den allernächsten weiteren Umfang annehmen werden.

Lokales und Provinzielles.

Grottkau, den 9. Mai 1919.

— Beurlaubt. Herr Landrat Thilo ist vom 11. Mai ab beurlaubt. Die Vertretung hat der Kreisb-pulterte Herr Delonomierat Pöhl in Güttau übernommen.

— Die Sammlung zu Gunsten unserer Kriegs- und Zivilgefangenen hatte in Grottkau, wie nicht anders zu erwarten, ein recht erfreuliches Ergebnis. Es kamen insgesamt 913,58 Mk. ein. Zieht man in Betracht, daß diese Summe sich in der Hauptsache aus niedrigen Beträgen zusammensetzt, so erhält man ein Bild von dem rührenden Eifer, mit dem die kleinen Sammlerinnen aus Wert gegangen sind. Ihnen und den Spendern auch an dieser Stelle Dank.

— Für die Kriegsbeschädigten. Das Reichspostamt gibt in nächster Zeit 1 Million Freimarken zu 10 Pf. und 1 1/2 Millionen zu 15 Pf. aus, mit dem schwarzen Aufdruck: „5 Pf. für Kriegsbeschädigte“. Diese Marken werden während des Mai mit einem Aufschlag von 5 Pf. für das Stück, also zum Einzelpreis von 15 und 20 Pf., ohne Beschränkung ihrer Gültigkeitsdauer bei allen Postankäufen im Reichsgebiet verkauft. Der Ertrag des Aufschlages ist für den Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge bestimmt.

— Operetten-Gastspiele des Reissers Stadttheater-Ensemble. Auf allgemeines Verlangen finden am 14. und 15. Mai nochmals zwei Gastspiele statt, und sind dies die letzten in dieser Winteraison, da das Personal in die Engage-

ments reist. Gegeben wird die entstehende Operette „Frühlingssinfonie“ von Strauß und die „Fischer Christel“ von Jarno, welches Werke, die überall mit großem Erfolg gegeben wurden. Wenn es die Zeit erlaubt, wird noch am Nachmittag eine Kindervorstellung gegeben, die später bekannt gemacht wird. Der Vorverkauf ist bereits für diese letzten zwei Gastspiele in der Buchhandlung Ring 1 eröffnet, durch die bisherigen Gastspiele der „Fidele Bauer“ und „Walzertraum“ bedarf es wohl weiter keiner Empfehlung, und stehen dem verehrten Publikum von Grottau noch ein paar genussreiche Stunden bevor.

— **Kathol. Gesellenverein.** Am Sonntag, den 18. Mai, wird der Verein im Biergarten eine Theateraufführung veranstalten. Das unten vorliegende Programm bringt nach einem einleitenden Männerchor „Auf ewig Dein“ das dreiteilige Schauspiel „Unschuldig“ von Max Esch und das humoristische Gebirgs-Singspiel mit Tanz „Bei Pitzherl“ in einem Akt von Albert Ratschmann zur Vorführung. Dem von früher durch seine Leistungen bekannten Vereine wäre nach fünfjähriger Pause ein klingender Erfolg zu wünschen. Um 8 Uhr Nähere durch die Zettel und Anträge in nächster Nummer dieser Zeitung.

— **Allmähliche Verbesserung unserer Lebens- und Genussmittel-Verhältnisse.** Aus Breslau wird geschrieben: In Holland weist gegenwärtig eine schlesische Sonderkommission, die dort für die schlesische Industriearbeiterschaft in größerem Umfang Lebensmittel aller Art einkauft. Um den Abtransport dieser Lebensmittel zu ermöglichen, ist es unbedingt erforderlich, daß auch in Schlesien so schnell als möglich entsprechende Austauschgüter bereit gestellt werden. Dies kann jedoch nur erfolgen, wenn die Arbeit in allen Betrieben sofort aufgenommen wird und in nächster Zeit keine Unterbrechung erfährt. Sobald diese Austauschgüter vorhanden sind, ist es uns möglich, sofort umfangreiche Mengen von Textilwaren aus Holland in größerem Umfang zu beziehen. In den letzten Tagen erhöhte sich die private Einfuhr von Südrindern, Zitronen und Äpfeln und Schokolade. Der Preis für diese Produkte sinkt allmählich. Während vor einigen Wochen in Berlin das halbe Kilo Schokolade noch 26 Pf. bis 28 Pf. kostete, ist der Preis jetzt auf 20 Pf. gefallen. Sobald in Deutschland wieder die Arbeitsfreude einsetzt und damit die deutliche Valuta wieder gestärkt wird, ist mit einem weiteren starken Sinken dieser Einfuhrwaren zu rechnen. In nächster Zeit treffen in den Häfen rund 5 Millionen Fuß norwegische Heringe ein. 70 000 Fuß sind hiervon bereits in Stettin angekommen. Ein Teil dieser Heringe ist für Schlesien bestimmt und trifft hier in den nächsten Tagen ein.

— **Ein neuer Bolschewistentrick.** Um Kanonenfutter für die rote Armee und An-

hänger des Bolschewismus zu gewinnen, wird neuerdings in Schlesien von fremden Agenten versucht, Leute zur Auswanderung nach Rußland zu verleiten, unter dem Versprechen, sie würden dort ein Wohnhaus, 50 Morgen Acker und Inventar erhalten. Selbstverständlich ist zuerst eine Auswanderung nach Rußland nicht möglich und es handelt sich um plumpen Schwindel, um Leute ins Gled zu fügen, so daß sie nachher aus Not sich dem Bolschewismus in die Arme werfen müssen.

— **Fertige Auslandschuhwaren für Schlesien in Sicht.** Bekanntlich stehen im neutralen Ausland, namentlich in Holland, große Mengen fertiger Schuhwaren bereit, mit denen dem bei uns herrschenden Mangel an einigermaßen billigen Schuhwerk fühlbare Abhilfe geschafft werden könnte, wenn nicht deren Einfuhr in größerem Maßstabe die bekannten, in dem schlechten Stand unserer Valuta liegenden Gründe und der Mangel an Austauschwerten entgegenstünden. Um jedoch die Einfuhr in gewissem Umfang zu ermöglichen, hat der auch Schlesien umfassende Verband deutscher Schuhwarenhändler dieser Tage beschlossen, eine Einfuhrorganisation ins Leben zu rufen. Allerdings bestanden in Fabrikantenkreisen Bedenken gegen eine derartige Einfuhrorganisation, jedoch ist trotz dieser Widerstände die Gründung zum Beschluß erhoben worden. Die Einfuhrorganisation trägt keinerlei behördlichen Charakter, sondern ist lediglich eine Verbands-schöpfung, die sorgfältig ausgebildete Fachleute als Einkäufer schon in das neutrale Ausland senden wird. Die eingekauften Schuhwaren werden auf Grund des jetzt geltenden Verteilungsbeschlusses gegen Vorauszahlung der anfordernden Kaufleute zugewiesen, so daß auch auf Schlesien der entsprechende Anteil entfallen wird.

— **Mehr Einkommensteuerkommissare.** Wie die Zeitschrift „Das demokratische Deutschland“ mitteilt, hat das preussische Finanzministerium künftige neue Stellen für Einkommensteuerkommissare eingerichtet. Bisher kam auf 4 bis 5 preussische Landkreise nur ein Steuerkommissar. Dieses System soll erheblich ausgebaut werden. Die Steuerhauptämter werden in den einzelnen Städten ihrer Bezirkssprengel einrichten, an denen die Steuerkommissare persönlich anwesend sein werden. Endgültig ist u. a. für den Osten die Gründung folgender Steuerämter bestimmt: Gumbinnen, Goldap, Izbarn, Graudenz, Marienwerder, Königsberg, Neustettin, Bromberg, Schneidemühl, Glog, Breda, Schneidnitz, Neustadt O.S. und Kreuzburg. Bei etwa 70 Steuerämtern ist der Gründungstermin noch nicht endgültig festgesetzt. Im Osten sollen noch folgende bestehende Ämter erweitert werden: Königsberg-Stadt, Danzig, Stettin-Stadt, Bromberg-Stadt, Götlich-Stadt, Liegnitz-Stadt, Neudorf, Reife und Oppeln.

— **Groß Streichliß.** In den gräflich Thiele Winklerischen Forsten wurde ein Forstbeamter mit einer schweren Schußwunde, die ihm von einem Wildbilde beigebracht worden ist, aufgefunden. Der lebensgefährlich verletzte Förster wurde ins Krankenhaus überführt. — In denselben Forsten stießen Pilzfucher auf zwei am Boden liegende Personen, von denen die eine bereits tot, die andere nahe am Versterben war. Diese wurden als der Arbeiter Kurda und der Häusler Rügler erkannt. Kurda sowohl als Rügler waren berüchtigte Wildbilde, die jedenfalls beim Zusammenstoß mit Forstschutzbeamten von diesen erschossen worden sind. Beide Leichen sind überble-

auch beraubt worden, da Kopfbedeckungen und Stiefel fehlten, auch waren Schußwaffen nicht auffindbar.

Schriftleitung Konrad Mangel, Eiferstr. Nachf., Grottau.

Gingefandt.

(Nach § 11 des Bürgergesetzes übernimmt die Schriftleitung dem Publikum gegenüber in dieser Rubrik nur die presserechtliche Verantwortung.)

Auf das Eingefandt vom 7. Mai:

„Die Vorgänge am verstorbenen Donnerstag.“ Folgendes: Auch in mir haben diese ein bitteres Gefühl erweckt, da die hiesige „Bürgerchaft“ kein Verständnis für Freigabe unserer Gefangenen und gegen den Gewaltfrieden zu demonstrieren, gezeigt hat. Man möchte annehmen, daß kein Angehöriger der hiesigen Bürger in Gefangenschaft schmachtet, daher wohl auch kein Verständnis für die Lage der anderen Massen Gefangener aufzubringen vermöchte.

Auch einem Gewaltfrieden stehen sie, wie es den Anschein hat, ohne „bitteres Gefühl“ gegenüber, denn sonst war am 1. Mai im ganzen Staate Gelegenheit gegeben, dagegen zu demonstrieren.

Das „friedliche Nebeneinanderleben“ hat sich bisher, wie richtig bemerkt, „in der Hilfe von Bürger zu Bürger“ abgespielt, aber in Grottau wird der Arbeiter und auch der Angestellte wohl nicht als Bürger angesehen, da diesen bis heute meist kein Verständnis und Hilfe in ihrer wirtschaftlichen Notlage gezeigt wurde; darin bestand bis heute die „friedliche Bürgerschaft“.

Der mittleren und kleinen Beamtenschaft ergeht es nicht besser. Zur Beunruhigung der „ängstlichen“ Bürger liegt bis jetzt kein Grund vor. „Unglaublich für hiesige Verhältnisse“ mag es ihnen allerdings erscheinen, daß die Arbeiterchaft auch ihr Recht auf Existenzmöglichkeit forsetzt, da es ihnen bis jetzt freiwillig nicht gegeben wurde.

Der Angestelltenchaft ergeht es genau so, wie bis jetzt z. B. die völlige Sonntagsruhe, welche seit 1. April er. Gesetz war?

Sowohl die hiesige Bürgerschaft hat, nicht gegen die Ordnung der Gesellschaft, sondern gegen die Ordnung der Menschlichkeit verstoßen; da kann von Beileidigung keine Rede sein, oder wollen diese Kreise die Wahrheit nicht hören?

Das mittlere und kleine Beamtentum hat seine Pflicht auch gegen die neue Regierung erfüllt, was auch bereits durch diese durch eine Aufbesserung ihrer wirtschaftlichen Notlage ab 1. Januar 1919 anerkannt wurde und weiter durch Beförderung reform anerkannt werden wird; auch politische Freiheit hat sie ihnen gebracht und werden diese selbst beurteilen können, von welcher Seite ihren Wünschen und berechtigten Klagen Verständnis und Hilfe winkt.

Bis heute können über Verletzung des Standesgefühls wohl nur diese Schichten der Bevölkerung sprechen.

Auf Wunsch der Bürgerschaft wird es also in Zukunft heißen: Die Bürgerchaft, Beamtentum, Angestelltenrat, Arbeiterchaft. Öffentlich versteht sich der Bürgerchaft alsdann dazu, sich mit den anderen „Mäßen“ an den Verhandlungstisch zu setzen, zum Wohle der „gesamten“ Einwohnerschaft Grottaus.

In Zukunft wird gebeten, die Eingefandt zu unterzeichnen, da auf anonyme nicht weiter eingegangen wird.

E. Stammwitz.

(Um die Angelegenheit nicht zu einer Seeschlange auszuwachsen zu lassen, wird infolge der Raumknappheit gebeten, etwaige Erweiterungen in nächster Nummer erscheinen zu lassen. Spätere Meinungsäußerungen müssen wir auf den Inseratenteil verweisen. Die Redaktion.)

Briefpapier in feinsten Kassetten

besonders zu Geschenken geeignet
sowie auch in Mappen
ist in grossen Posten eingetroffen
:: und preiswert vorrätig in der ::

Buchhandlung Ring 1.

Brennspiritusmarken-Ausgabe

Die Ausgabe der Brennspiritusmarken an die minderbemittelte Bevölkerung hiesiger Stadt findet: **Sonntags, den 10. Mai 1919** nachmittags von 3 bis 5 Uhr im Deputationszimmer, Rathaus 1. Stock, statt.

Die Verkaufsstellen befinden sich bei den Herren Kaufleuten: **Marmätzschke, Paul Alois, Aider Franz.**

Pflichtliches Erhalten Bedingung, da an anderen Tagen Brennspiritusmarken nicht ausgegeben werden. Wer nicht rechtzeitig seine Brennspiritusmarken abholt, verliert den Anspruch auf seine Marke, und seine Marke kommt anderweit zur Verteilung.

Die Marken sind persönlich abzuholen oder von einem mit Ausweis versehenen Beauftragten.

Grottkau, den 8. Mai 1919.

Der Magistrat. Der Volksrat.

Fleischkarten-Ausgabe

Die Ausgabe der Fleischkarten an die Bewohner hiesiger Stadt für die Zeit vom 12. Mai bis 4. Juni 1919 erfolgt:

Montag, den 12. Mai 1919, vormittags von 10 bis 12 1/2 Uhr im Deputationszimmer, Rathaus, 1. Stock.

Eine weitere Ausgabe findet nachmittags von 5 1/2 bis 6 1/2 Uhr ebenfalls statt.

Die Karten sind nach Möglichkeit vom Hausvater abzuholen.

Die Karten sind holt nach Empfang nachzugeben; spätere Nachmeldungen werden nicht berücksichtigt.

Grottkau, den 8. Mai 1919.

Der Magistrat. Der Volksrat.

Die Schweine-Neuroder Kreischafter in Neurode wird hiermit vom 12. Mai an wegen Pfaffenung dieser Straße von Station 43,1 und 50 bis 44,1 und 20 vom Wagnerschen Bau-geschäft an bis zum Kiehlendorfer Weg in Klingenborn) bis auf weiteres für den Lastauto-Verkehr gesperrt. Umfuhr über Wagnersdorf, Köpzig, Hausdorf.

Dieses wird vom 12. Mai an diese Straße von Station 43,8 bis 44,1 und 20 (Wagnersches Bau-geschäft bis Kiehlendorfer) für den Fuhrwerks-Durchgangsverkehr bis auf weiteres gesperrt. Umfuhr über die Köpzig- und untere Verbindungsstraße in Neurode.

Neurode, den 2. Mai 1919.

Der Vorsitzende des Kreisbauvereins von Hoffmann.

Vorliegende Bekanntmachung wird hierdurch zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Grottkau, den 8. Mai 1919.

Der Polizeiverwaltung.

Bekanntmachung

Nachdem wir noch eine vierte Butterverkaufsstelle eingerichtet haben, wollen wir den Butter-Konsumenten die Möglichkeit geben, sich in der Zeit vom 10. Mai bis 17. Mai nachmittags umschreiben zu lassen. Die Umschreibung wird nur vom Bureau aus besorgt werden, nicht von den Butterverkaufsstellen. Wer beabsichtigt, von einer anderen Butterverkaufsstelle Butter zu beziehen, hat dies entweder schriftlich oder mündlich dem Herrn Stadtschreiber anzeigen und dabei angeben, in welchem Geschäft er bisher die Butter gekauft hat und in welchem Geschäft er künftighin Butter kaufen will.

Nach dem 17. Mai ist eine Umschreibung, falls nicht vorhergehende Gründe vorliegen, unstatthaft.

Es liegt im Interesse der Bürgerschaft, daß jede Butterverkaufsstelle eine möglichst gleiche Anzahl von Kunden hat. Eine Beeinflussung der Kunden von Seiten der Butterverkaufsstellen ist verboten.

Grottkau, den 9. Mai 1919.

Der Magistrat.

Sohlbaum

Anfertigung von Stoffmänteln, Aufbestickereien sauber und preiswert bei

E. Gebauer

Neiffe, Neustädterstr. 2.

Bekanntmachung

Der Firma Reinhard Bleher, hier, sind zur Verteilung auf die Lebensmittelkarte Eier überwiesen worden.

Auf die Haushaltung entfallen ein bis zwei Eier. Preis für das Ei 50 Pfennig.

Grottkau, den 8. Mai 1919.

Der Magistrat. Der Volksrat.

Den hiesigen Herren Kaufleuten **A. Kolbe, C. Lagun, E. Schoebe, J. Zimmermann, Alois Paul**

sind Zitronen überwiesen worden. Der Verkauf hat an Brotkantenempfänger und Selbstverwörter zu erfolgen. Auf 2 Personen entfällt eine Zitrone. Höchstpreis 55 Pf. pro Zitrone. Der Verkauf beginnt am Sonntag, den 8. Mai 1919.

Der Magistrat. Der Volksrat.

Aufruf!

Alle aus dem Heeresdienst entlassene Offiziere pp. des Verurlaubtenstandes werden aufgefordert, sich - soweit es noch nicht geschehen ist - spätestens innerhalb 14 Tagen nach Bekanntmachung des Aufrufs bei denjenigen Bezirkskommandos mündlich oder schriftlich anzumelden, in deren Bezirke sie ihren dauernden Wohnsitz nehmen wollen.

Bezirks-Kommando Neiffe.

Sichere Hypothek

bis zu 30 000 Mark (auch geteilt) zu vergeben. Anfragen unter Klarlegung der Verhältnisse sind unter **M. H.** an die Geschäftsstelle d. H. zu richten.

Geld gegen monatliche Rückzahlung verleiht. **R. Calderarow, Hamburg 5.**

Ein Posten braune 140 cm breite

Stoff-Rester

in Größe von 1,9 bis 2 Meter, zur Anfertigung von Teppichen und Kinder-mänteln vortrefflich geeignet, ist abzugeben. Preis pro Meter 26 Mark. Versand per Nachnahme. Muster zu Diensten. Die Ware ist beugungsfrei.

A. Vielhauer, Peterswaldau, Bez. Breslau.

Herren-Stoffe Prima Qualitäten, heute eingetroffen

Franz Kuhnert, Brie, Langestraße 11.

Lichtspiele Grottkau

Sonntag, den 11. Mai **Zwei Vorstellungen** nur für Erwachsene

Anfang der Vorstellungen: 5 u. 8 Uhr

Montag, den 12. Mai, um 8 Uhr **Abend-Vorstellung**

Programm 11. Abenteuer des berühmten Pat Anheim:

Frau Ediths Geheimnis

Wer war der Dieb, wer war der Mörder? Großes Detektiv-Drama in 4 Akten.

Wenn zwei Hochzeit machen

Reizendes Lustspiel in 3 Akten.

Albert Paulig in der Hauptrolle.

Passau an der Donau, das deutsche Benedig

Naturaufnahme.

Preise der Plätze: Sperrpl. 3.50, 1. Platz 2.50, 2. Platz 2.--, Stehpl. 1.50 M. im Vorverkauf in der Buchhandlung Ring 1. Abendkasse alle Plätze 25 Pf. Aufschlag.

Um gütigen Zutritt bittet

Kuhnert, Besitzerin.

Vindennuh Sonntag, 11. Mai um nachm. 3 Uhr ab

Tanz-Vergnügen

Es ladet ergebenst ein

Hubrich.

Fahrradschläuche

zu kaufen gesucht.

Konrad Menzel Ring 1.

Stube

mit Kabinett oder Küche, mit Keller und Boden, wird zu mieten gesucht von

Frau Schichler.

Schöne Stallung und Wagenremise p. 1. Oktober zu vermieten, eventl. schon eher beziehb. **L. Lowy, Reiffstr. 137**

Pferdestall m. Remise großer Lagerraum, auch als Werkstatt für jeden Betrieb geeignet, hoher geräumiger Lagerkeller sofort zu vermieten.

Neisserstrasse 134/135.

Ziergarten Grottkau

Mittwoch, d. 14. u. Donnerstag, d. 15. Mai, abends 7 1/2 Uhr **Beste Gastspiele.**

Neisser Stadttheater-Operettenensemble

Die Frühlingsluft

Operette in 3 Akten von Strauß.

Die Försterchristel

Operette in 3 Akten von Zarno.

Preise der Plätze: Sperrpl. 3.50, 1. Platz 2.50, 2. Platz 2.--, Stehpl. 1.50 M. im Vorverkauf in der Buchhandlung Ring 1. Abendkasse alle Plätze 25 Pf. Aufschlag.

Die Kindervorstellung wird extra bekannt gegeben.

Sinalco

Betrieb wird in den nächsten Tagen

wieder eröffnet!

Bitte Kisten und Flaschen zur Abholung bereit zu stellen.

Hermann Meier Brie.

VORTEILHAFTES ANGEBOT

in besonders guten Sorten und zu massigen Preisen

BLOCKS in gross. u. schmalen Formaten, weiss und farbig, glatt und in weiss, blau und flieder, solider Art. ebensolches in grösserem Format als

DAMEN-PAPIER in weiss und farbig, keine weisse Karten m. Hüllen, Trauerkarten. Trauerbillettpost in viel. Format.

KARTEN-BRIEFE in Billett-Format und für den Geschäftsbedarf, ebenso weisse und farbige

SCHREIB-PAPIER -Papiere für d. Bureau- u. Amtsgebrauch, Amtshüll., Aktentäsch.

KONZEPT -Papiere. Durchschlag-Papiere. Kohle-Papiere in allen Formaten für den

SCHREIB-MASCHINE Hauptbücher alle Sorten Geschäfts-Bücher

KONTD-BÜCHER alle Sorten Stundenpläne. Aufgabenhefte usw.

SCHREIB-HEFTE Feder-Kästen, Feder-Taschen, Löschpapier, Einschlagebogen

RADIER-GUMMI in jeder Grösse, fester Ausführung. Eier-Kartons

POST-KARTONS Papier in Bogen und Rollen sowie

PACK- UND PERGAMIN- **SCHNUR** **PACKLACK** **BUTTERBROT-PAPIER**

Telef. Nr. 84 **BUCHHANDLUNG RING 1** Telef. Nr. 84

VERSANDMATERIAL!

VERSANDMATERIAL!

VERSANDMATERIAL!

VERSANDMATERIAL!

VERSANDMATERIAL!

VERSANDMATERIAL!

VERSANDMATERIAL!

VERSANDMATERIAL!

VERSANDMATERIAL!

VERSANDMATERIAL!

VERSANDMATERIAL!

VERSANDMATERIAL!

VERSANDMATERIAL!

VERSANDMATERIAL!

VERSANDMATERIAL!

VERSANDMATERIAL!

VERSANDMATERIAL!

VERSANDMATERIAL!

VERSANDMATERIAL!

VERSANDMATERIAL!

VERSANDMATERIAL!

VERSANDMATERIAL!

VERSANDMATERIAL!

Am Freitag, den 2. Mai verschied nach langem, schweren Leiden die

Schulvorsteherin a. D.

Fräulein Auguste Hanisch

im ehrenvollen Alter von fast 78 Jahren.

Die Verstorbene hat in eifriger, unermüdlicher Arbeit 35 Jahre hindurch die hiesige Höhere Mädchenschule segensreich und ersprießlich geleitet und sich die Liebe und Verehrung ihrer Schülerinnen und auch unsere vollste Anerkennung erworben.

Grottkau, den 9. Mai 1919.

Der Magistrat.

Statt Karten!

Für die uns beim Heimgange unseres teuren Entschlafenen, des Lehrers und Kantors a. D.

Paul Larisch

von allen Seiten durch Wort und Tat in so überaus reichem Maße erwiesene Teilnahme sowie die herrlichen Kranzspenden, insbesondere den werten Kollegen für die erhebenden Trauergesänge, dem Beamtenwohnungsverein für sein zahlreiches Grabgeleit, den barmherzigen Schwestern für ihre aufopferungsvolle Krankenpflege sage ich — zugleich im Namen meiner Mutter und Familie — innigsten Dank.

Grottkau, den 8. Mai 1919.

Carl Larisch, Lehrer.

Geschäfts-Übernahme

Meiner sehr geehrten Kundschaft von Neisse und Umgegend die ergebene Mitteilung, daß ich mein unter der Firma meines verstorbenen Mannes **Albert Schubert** geführte

Pelzwaren-, Hut- und Mützen-Geschäft

Neisse, Ring 47

an Herrn Rüstschneiderei **Leopold Bittmann, Brieg**, Bez. Breslau, verkauft habe.

Indem ich für das mir sowie meinem Manne in so reichem Maße entgegengebrachte Wohlwollen bestens danke, bitte ich, daselbe auch auf meinen Nachfolger übertragen zu wollen.

Hochachtungsvoll

Adelheid Schubert

Bezugnehmend auf obige Zeilen teile ich einem sehr geehrten Publikum von Neisse und Umgegend ganz ergebenst mit, daß ich mit dem heutigen Tage das der Frau **Adelheid Schubert** gehörige, unter der Firma ihres verstorbenen Mannes geführte

Pelzwaren-, Hut- und Mützen-Geschäft

Neisse, Ring 47

käuflich übernommen habe.

Durch langjährige praktische Tätigkeit in den größten Städten des In- und Auslandes bin ich in der Lage, jeder an mich gestellten Forderung gerecht zu werden.

Ferner bestrebe ich seit 17 Jahren das **erste Pelzwaren-, Hut- und Mützen-Geschäft in Brieg**, Bez. Breslau, und bürgt Ihnen meine Firma für erstklassige und solide Geschäftsführung.

Ich werde mein Geschäft in Neisse in unveränderter, der Neuseit entsprechenden Weise unter der Firma **A. Schuberts Nachf.** weiterführen und bitte ganz

ergebenst, das meinen geehrten Vorgängern entgegengebrachte Wohlwollen auch auf mich zu übertragen.

Hochachtungsvoll

A. Schubert's Nachf.

Inh. Leopold Bittmann

Rüstschneiderei.

Gleichzeitig gebe ich bekannt, daß ich sämtliche **Pelzwaren** unter Garantie gegen Motten und Feuerschäden zur Aufbewahrung übernehme. Etwasige Reparaturen und Änderungen bitte ich gleichzeitig mit angeben zu wollen.

Günther's Ausverkauf

in den erlaubten Abteilungen bietet in:

Emaille-, Glas-, Porzellanwaren
Haushalt- und Wirtschaftsartikeln

grosse Vorteile

➡ In der I. Etage liegen aus: ➡

Emaille-, Glas-, Porzellan-, Leder-, Luxus-,
Papier- und Spielwaren, Küchengeräte,
:: **gerahmte Bilder** ::

Der Verkauf findet in den Räumen der Firma **Gebr. Barasch** statt.

===== Beachten Sie bitte die Schaufenster. =====

Telefon 189

Neisse, Breslauerstr. 1

Telefon 189